

Standpunkt Inklusive Schule

Die Unterschiede von Kindern respektieren

Zur Lage

Die „Konvention der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen“ hat Bewegung in die deutsche Schulentwicklung gebracht. Sie gilt seit dem 26. März 2009 auch in Deutschland und verpflichtet uns zur Überwindung des separierenden allgemeinen Schulwesens und zur Weiterentwicklung der Schulen zu inklusiven Schulen. Inklusive Schulen sind Schulen, die alle Kinder ohne irgendwelche Etikettierungen aufnehmen und niemanden aussondern. Wichtiger Grundsatz der inklusiven Schule: Kein Kind beschämen; kein Kind zurücklassen; jedes Kind zählt und verdient Unterstützung.

Was ist die Ausgangslage? Wir haben immer noch in allen 16 Bundesländern auf unterschiedliche Weise gegliederte separierende Schulsysteme. Gemeinsam sind ihnen nur die - bis auf Ausnahmen - vierjährige Grundschule, das Gymnasium und diverse Sonderschulen. Ansonsten gibt es im Sekundarbereich des allgemeinen Schulwesens viergliedrige, dreigliedrige und zunehmend zweigliedrige Systeme, sowie mehr oder weniger Gesamtschulen und Gemeinschaftsschulen. Gemeinsam ist allen Bundesländern außerdem immer noch, dass die pädagogische Arbeit der Grundschulen durch den Auslesedruck der verschiedenwertigen Schulen des Sekundarbereichs nachhaltig behindert wird.

Die „für alle gemeinsame Grundschule“, wie sie von der deutschen Nationalversammlung am 11. August 1919 im Rahmen der neuen Reichsverfassung beschlossen wurde und wie sie selbstverständlicher Standard einer demokratischen Gesellschaft sein sollte, ist in Deutschland immer noch nicht Realität. Weil Kinder verschieden sind, kann es in der Schule keine homogenen Lerngruppen geben. Kinder unterscheiden sich auf vielfältige Weise: Sie sind Mädchen oder Jungen, Einzelkinder oder Kinder mit Geschwistern, Kinder aus verschiedenen Familienformen, Kinder von arbeitslosen oder gut verdienenden Eltern. Kinder haben verschiedene Muttersprachen und gesellschaftlich-kulturell voneinander abweichende vor- und außerschulische Bildungserfahrungen. Es gibt gesunde und kranke Kinder, behinderte und nichtbehinderte, schwerfällige und sportliche, langsamer und schneller lernende Kinder.

Diese Unterschiede werden in vielen Schulen noch immer als Störfaktor statt als didaktische Herausforderung wahrgenommen. Noch immer bleiben Kinder sitzen

und werden meist schon nach der vierten Klasse, also im internationalen Vergleich ungewöhnlich früh, entsprechend ihrer vermuteten Leistungsfähigkeit auf die verschiedenwertigen Schularten des Sekundarbereichs sortiert, um dort möglichst homogene Lerngruppen zu erreichen. Noch immer sind die in Armut lebenden Kinder - darunter besonders viele Kinder mit Migrationshintergrund - in der Schule benachteiligt und noch immer werden Kinder mit Beeinträchtigungen überwiegend aus den allgemeinen Schulen herausgenommen und in speziellen Schulen unterrichtet.

Es gelingt der allgemeinen Schule in Deutschland bisher nicht hinreichend, auf Unterschiede in den vor- und außerschulischen Erfahrungen der Kinder einzugehen. Die Besonderheiten der Kinder werden zu wenig respektiert und nicht als Ausgangslage pädagogischen Handelns verstanden. Dies gilt in besonderem Maße für viele Schulen des Sekundarbereichs, aber leider immer noch auch für viele Grundschulen.

Der Grundschulverband fordert

Die Grundschule ist zur Grundstufe der „für alle gemeinsamen Schule“ weiter zu entwickeln, d.h. zur Basis einer Schule, in der alle Kinder für die Dauer der Pflichtschulzeit beim gemeinsamen Lernen miteinander und voneinander in ihrer Gesamtentwicklung bestmöglich individuell gefördert und zum eigenverantwortlichen Lernen ermutigt werden. Diese Schule ist als Ganztagschule und Bildungszentrum im Stadtteil einzurichten. Die hierfür erforderlichen Voraussetzungen sind zu schaffen. Die Entwicklung der inklusiven Schule muss in konsequenter Kooperation mit PädagogInnen, Eltern und SchülerInnen erfolgen.

Zu Verwirklichung der inklusiven Schule hält der Grundschulverband folgende Maßnahmen für vordringlich:

Individuelle Förderung und differenzierter Unterricht

Wie auch immer schulische Lerngruppen organisiert werden, sie sind immer heterogen. Grundsätzlich können deshalb von den Kindern einer Lerngruppe zur gleichen Zeit nicht die gleichen Lernleistungen und Lernentwicklungen erwartet werden. Deshalb müssen alle in Grundschulen tätigen Pädagoginnen und Pädagogen in Aus-, Fort- und Weiterbildung befähigt werden, Kindern beim gemeinsamen Lernen individuelle Fortschritte zu ermöglichen; die notwendige Öffnung des gemeinsamen Unterrichts schließt die Differenzierung der von den Kindern zu erreichenden Ziele und der Termine zur Überprüfung bzw. Zertifizierung ihrer jeweiligen individuell erbrachten Leistungen ein.

Prozessorientierte Rückmeldungen

Die Schule hat die Aufgabe, die nachhaltige Lernbereitschaft aller Kinder, verbunden mit der Fähigkeit zum selbstgesteuerten Lernen, zu fördern. Diese grundlegende Bildungsaufgabe wird durch die immer noch vorherrschende Praxis einer bezugsnormorientierten Leistungsbewertung durch Noten erschwert. Noten sind

deshalb abzuschaffen. Die erreichten Kompetenzen sind zu dokumentieren, zu bewerten ist die individuelle Lernentwicklung. Die bisher übliche Notengebung ist durch prozessorientierte und kriteriengestützte Rückmeldung über die individuelle Lern- und Leistungsentwicklung zu ersetzen.

Kinder mit Beeinträchtigungen haben das Recht auf gemeinsamen Unterricht

Praktische Erfahrungen und wissenschaftliche Untersuchungen haben ergeben, dass Kinder aller Behinderungsarten und -grade unter bestimmten Voraussetzungen in der für alle gemeinsamen Schule erfolgreich lernen und gefördert werden können und dass sich dadurch die Schule zum Vorteil aller Kinder verändert. Das gemeinsame Lernen und die individuelle Förderung von Kindern in besonderen Lebenslagen und mit besonderem Förderbedarf muss selbstverständliche Aufgabe aller allgemeinen Schulen werden. Die dafür erforderlichen Voraussetzungen sind zu schaffen. Die sonderpädagogische Förderung ist in die allgemeine Schule und in die allgemeine LehrerInnenbildung zu integrieren. Nach Artikel 24 der auch in Deutschland geltenden UN - Behindertenrechtskonvention haben Kinder mit Beeinträchtigungen jetzt einen Rechtsanspruch auf inklusive Bildung. Dies ist unverzüglich in den Schulgesetzen der Länder zu verankern.

Besondere Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund

Die schulische Situation für Kinder mit nichtdeutschen Herkunftssprachen ist grundsätzlich zu verbessern. Alle Kinder mit nichtdeutschen Herkunftssprachen müssen in den vorschulischen Einrichtungen und in der Grundschule von Anfang an in ihrer Sprachentwicklung verstärkt gefördert werden.

Zusammenarbeit unterschiedlicher Professionen

Um im gemeinsamen längeren Lernen Kindern mit allen Begabungen und unterschiedlichem Förderbedarf gerecht zu werden, brauchen Grundschulen zusätzliche Fachkräfte unterschiedlicher Professionen, die der Grundschule auch als Teil des Kollegiums verlässlich zur Verfügung stehen.

Standortbezogene Budgets für inklusive Schulen

Inklusive Schulen brauchen in Abhängigkeit von ihrem Standort und der Zusammensetzung ihrer Schülerschaft ein Zusatzbudget, das sich am Sozialindex orientiert, damit die besonderen Förderansprüche durch personelle und materielle Verstärkung gesichert werden können.

Angemessene Räume

Für das ganztägige Schulleben mit vielfältigen Unterrichts- und Freizeitangeboten brauchen Kinder mehr Raum. Schulbau und Schulgelände müssen anregend und barrierefrei gestaltet sein und besondere Ansprüche einzelner Kinder berücksichtigen. Die in der Schule tätigen PädagogInnen brauchen zweckmäßig eingerichtete Arbeitsplätze und Räume für ihre kooperative Tätigkeit.